

3. Jahresberichte und Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen 2018 der Evangelisch-reformierten Landeskirche, der Römisch-katholischen Körperschaft und der Christkatholischen Kirchengemeinde sowie über die Kenntnisnahme der Jahresberichte 2018 der Israelitischen Cultusgemeinde und der Jüdischen Liberalen Gemeinde

Antrag des Regierungsrates vom 3. September 2019 und gleichlautender Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 24. Oktober 2019

Vorlage 5573a

Ratspräsident Dieter Kläy: Ich begrüsse zu diesen Geschäften den Kirchenratspräsidenten der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich, Michel Müller, die Synodalratspräsidentin der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich, Franziska Driessen-Reding, den Präsidenten der Christkatholischen Kirchengemeinde Zürich, Urs Stolz, die Präsidentin der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ), Shella Kértész, und den Co-Präsidenten der Jüdischen Liberalen Gemeinde, David Feder.

Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Ich schlage Ihnen vor, über die Ziffern römisch I bis V dann gemeinsam abzustimmen. Ich möchte Ihnen nun kurz den Behandlungsablauf, wie ihn die Geschäftsleitung für die Geschäftsberichte festgelegt hat, darlegen: Die Eröffnung macht die Referentin der Geschäftsprüfungskommission, Edith Häusler, Kilchberg. Sie hat während zehn Minuten das Wort. Danach folgen die Präsidentinnen und Präsidenten der jeweiligen Religionsgemeinschaften und die Fraktionssprecherinnen und -sprecher ebenfalls mit je zehn Minuten. Es folgen noch die übrigen Mitglieder des Rates mit je fünf Minuten Redezeit. Danach schliessen die Vertretungen der Religionsgemeinschaften und die Referentin der Geschäftsprüfungskommission mit einer Replik die Debatte. Am Schluss stimmen wir über die Vorlage 5573a ab.

Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden? Das ist der Fall.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Referentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Es freut mich, dass ich heute im Namen der Geschäftsprüfungskommission die Jahresberichte der christlichen Kirchen sowie der jüdischen Religionsgemeinschaften würdigen darf.

2018 war für die christlichen Kirchen ein sehr spezielles Jahr, es galt ganz dem Jubiläum «500 Jahre Zürcher Reformation», und gleichzeitig feierte die Katholische Kirche «600 Jahre Niklaus von der Flüe», auch bekannt unter dem Namen «Bruder Klaus» (*Schweizer Heiliger*). Erstmals nahm ein Teil der Religionsgemeinschaften auch am Pride-Festival Zürich teil. Ich weiss nicht, ob Sie Zeit gefunden haben, den speziellen Jahresbericht zu den Festivitäten «500 Jahre Refor-

mation» zu lesen, aber uns Referentinnen haben die unzähligen Anlässe sehr beeindruckt. Aus zeitlichen Gründen kann ich gar nicht auf alle Anlässe eingehen, aber ein, zwei Projekte möchte ich dennoch erwähnen:

Neben der sehr gelungenen Aufführung des Theaters Kanton Zürich ist wohl auch der vielbesuchte Film «Zwingli» (*Huldrych Zwingli, Zürcher Reformator*) erwähnenswert. Beide Projekte konnten einen Grosse Erfolg feiern. Letzterer wurde auch mit einem Filmpreis geehrt. Daneben wurden über 50 weitere Inszenierungen, Kunstprojekte, Stadtführungen, Konzerte und vieles mehr realisiert. Alle Vereinsprojekte des Langzeitfestivals 2018 wurden in einer Abschlussdokumentation zusammengefasst.

Der Kantonsrat hat am 26. November 2018 für die Ausführung der Tätigkeitsprogramme der anerkannten Religionsgemeinschaften für die Periode 2020 bis 2025 einen Rahmenkredit von 300 Millionen Franken zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe «Religionsgemeinschaften» bewilligt (*Vorlage 5496*). Der Kanton unterstützt mit den Kostenbeiträgen Tätigkeiten der anerkannten kirchlichen Körperschaften mit Bedeutung für die ganze Gesellschaft, insbesondere in den Bereichen «Bildung», «Soziales» und «Kultur». Diese Kostenbeiträge begründen kein Auftragsverhältnis, es wird also kein Leistungsauftrag erteilt. Bei der Einrichtung versteht der Kanton die anspruchsberechtigten kirchlichen Körperschaften nicht als Dienstleistungsunternehmen, bei denen er spezifische Leistungen bestellen kann. Die Körperschaften können ihre Tätigkeiten mit Bedeutung für die ganze Gesellschaft selber gestalten, auch wenn zu deren Finanzierung staatliche Beiträge eingesetzt werden. Alle in den Jahresberichten abgebildeten Tätigkeiten der Religionsgemeinschaften beinhalten Leistungen für die ganze Gesellschaft.

Bei den Gesprächen selber haben die Referentinnen der GPK festgestellt, dass die sogenannte Orientierung zu Staat und Religion im Kanton Zürich von den Kirchen weiterentwickelt und sehr geschätzt wird. Das Leitbild wird als hilfreiche Handhabung im Umgang mit dem aktuellen religiösen Pluralismus verstanden, und hier hat der Kanton Zürich eine Vorreiterrolle eingenommen. Das Leitbild teilt den Religionen eine öffentliche Rolle zu, betont aber auch die Differenzierung zwischen den unterschiedlichen religiös-kulturellen Wertesystemen und der einen Rechtsordnung, die für die ganze Bevölkerung des Kantons Zürich verbindlich ist. In allen Gesprächen wurde diese Position begrüsst und als zukunftsweisende Richtlinie in ihrer Transparenz gewürdigt. Eine mögliche Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften wird von den anerkannten Kirchen und Gemeinschaften nach wie vor nicht ausgeschlossen, und so sind interreligiöse Plattformen, wie zum Beispiel der Runde Tisch, weiterhin unbestritten und allseits sehr geschätzt.

Die gesamtgesellschaftlichen Leistungen, die die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft für die Bevölkerung des Kantons Zürich erbringen, sind enorm. Das zeigen die vielen genannten Beispiele in den Jahresberichten. Sehr stark haben die seelsorgerischen Tätigkeiten vor allem in der Notfallseelsorge zugenommen. Sehr beeindruckt hat mich persönlich, dass über die Plattform «Seelsorge.net» letztes Jahre über 1100 Neuanfragen,

mehr als doppelt so viele Anfragen Hilfesuchender wie zuvor beantwortet wurden. Alle Antworten und Beratungen wurden ehrenamtlich bewältigt. Auch hier kann ich nicht alle Tätigkeiten aufzählen. In den Jahresberichten gibt es genügend spannende Beispiele.

Die Leistungen decken alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens ab. Dazu gehören soziale Unterstützungsangebote genauso wie kulturelle Ereignisse, spirituelle, philosophische Gesprächsrunden oder praktische Hilfsangebote in Notlagen, die Pflege von Natur und Umwelt und vieles mehr. Alles in allem lässt sich sicher sagen, dass die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und Stabilität des gesellschaftlichen Miteinanders leisten.

Im Übrigen hat sich die GPK auf den zu erbringenden Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen von den drei christlichen Kirchen und Körperschaften konzentriert. Alle drei kirchlichen Körperschaften haben diesen Nachweis für die Jahresrechnung 2018 erbracht und in der Gesamtrechnung separat ausgewiesen. Die beiden anerkannten jüdischen Gemeinden sind von einem derartigen Nachweis gesetzlich befreit.

Ich habe noch einen Hinweis von der Katholischen Kirche erhalten: In ihrem Jahresbericht hat sich beim Thema «Migrantenseelsorge» eine falsche Zahl eingeschlichen. Ende Jahr betrug der Ausländeranteil des Kantons Zürich 26,7 Prozent. Das entspricht 404'400 Personen. Davon sind rund 125'000 Personen katholischer Konfession. Im Jahresbericht steht die Zahl «50'000». Die Zahl der Italienerinnen und Italiener ist im Berichtsjahr mit 840 Personen am stärksten gewachsen.

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass alle anerkannten Religionsgemeinschaften auch bei den diesjährigen Gesprächen den konstruktiven Dialog mit dem Regierungsrat, dort vor allem mit Regierungsrätin Jacqueline Fehr, Direktion der Justiz und des Innern, sowie Regierungsrat Mario Fehr, Sicherheitsdirektion, als positiv und wertschätzend wahrgenommen haben. Und auch von mir wiederum ein herzliches Dankeschön. Ich möchte mich im Namen der GPK bei den hier anwesenden Vertretern sowie den übrigen Mitarbeitenden der kantonalen kirchlichen Körperschaften und der anerkannten jüdischen Gemeinden ganz herzlich für den offenen, spannenden und informativen Austausch bedanken.

Eine persönliche Anmerkung erlaube ich mir hier noch: Ende Jahr wird Frau Shella Kértesz ihr Präsidium bei der ICZ abgeben und den Stab auf das kommende Jahr einem neuen Präsidium übergeben. Frau Kértesz führte das Präsidium zwölf Jahre lang und hat mit ihrem Engagement viel erreicht. Auch ihr Mitwirken am Runden Tisch der Religionsgemeinschaften wurde allseits sehr geschätzt. Ich persönlich durfte die letzten vier Jahre jeweils den Jahresbesuch der GPK mit Frau Kértesz durchführen. Ich möchte ihr für die angenehmen Gespräche sehr herzlich danken und wünsche Frau Kértesz für ihren neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt Ihnen einstimmig die Zustimmung zur Kenntnisnahme der Jahresberichte 2018 und der Jahresrechnung 2018 der fünf anerkannten Religionsgemeinschaften. Besten Dank.

Ratspräsident Dieter Kläy: Das Wort für die fünf anerkannten Religionsgemeinschaften hat nun die Präsidentin der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, Shella Kértesz.

Shella Kértesz, Präsidentin der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich: Es ist ein emotionaler Moment für mich heute, denn nach zwölf Jahren Engagement für meine Gemeinde, die ICZ, geht meine Amtszeit als Präsidentin der grössten jüdischen Gemeinde in der Schweiz zu Ende. Es war mir stets eine grosse Ehre, hier im Kantonsrat meine Gemeinde vor Ihnen zu vertreten, und stets eine Freude, mit meinen Kollegen hier am Tisch meinen Beitrag an den inneren religiösen Frieden im Kanton Zürich zu leisten. Ich danke meinen Kollegen, dass sie mir heute die Chance gegeben haben, hier vor Ihnen das Wort zu ergreifen.

Uns geht es nicht immer nur um die Religion. Es geht um die zwischenmenschlichen Beziehungen, es geht um das Interesse füreinander, um gemeinsame Probleme zu lösen, und um gegenseitige Unterstützung. Wir nehmen gemeinsam Stellung zu Problemen unserer Zeit und zeigen unsere Einigkeit. Wir wollen auf die Themen aufbauen, die uns gemeinsam stärken, und möchten dort, wo wir uns nicht immer einig sind, alles hinterfragen, um Verbesserungen in den Beziehungen zu erreichen. Ich hatte persönlich mit meinen Kollegen einen sehr guten, freundschaftlichen und offenen Kontakt. Ich habe selber viel dabei gelernt und auch versucht, uns als jüdische Religionsgemeinschaft verständlicher zu machen und zu zeigen, dass wir alle mit den gleichen Problemen und Aufgaben konfrontiert sind. Wir haben das grosse Glück, in Jacqueline Fehr eine engagierte und äusserst kompetente Religionsministerin zu haben. In minuziöser Arbeit hat sie sich mit unseren Problemen und unseren Anliegen vertraut gemacht und uns mit viel Einfühlungsvermögen begleitet. Dahinter stehen viel Arbeit und Interesse an der Sache, vielen Dank, Jacqueline.

Ich wurde oft gefragt: Wie lebt man in Zürich als kleine religiöse Minderheit nach 500 Jahren Reformation? Warum hat mich Zwinglis Haltung gegenüber dem Judentum besonders interessiert? Zu meinem Erstaunen musste ich feststellen, dass sich Zwingli – im Gegensatz zu Luther (*Martin Luther, deutscher Reformator*) – nie mit dem Judentum auseinandergesetzt hat. Damals gab es in Zürich keine Juden, es waren alle vertrieben worden, und Zwingli erwähnte sie nur, weil sie in der Bibel vorkamen. Zu Beginn der Reformation gab es sogar eine kleine Hoffnung für ein besseres christlich-jüdisches Verhältnis, aber mit der Konsolidierung der Reformation hat sich die ablehnende Haltung gegenüber den Juden leider verfestigt. Auch heute, wenn wir in die Welt blicken, sehen wir, was die Religion, wenn sie nicht verbindend gelebt wird, anrichten kann. Menschen werden unterdrückt, misshandelt, ermordet, und man geht so weit, dass man ganze Glaubensgemeinschaften auslöschen möchte. Wir alle hier am Tisch und hier im Saal verurteilen dies aufs Schärfste und kämpfen mit allen Mitteln der Aufklärung dagegen. Wir engagieren uns gemeinsam für einen respektvollen Umgang miteinander und für das Verständnis füreinander.

Ich war es mir in den letzten Jahren auch gewohnt, hier im Kantonsrat mit einigen von Ihnen einen guten Kontakt aufzubauen und Ihnen den Eintritt in unsere Gemeinde trotz Sicherheitsschleuse so weit zu vereinfachen, dass die von mir stets gewünschte Öffnung realisierbar wurde. Gerade für uns als kleine religiöse Gemeinschaft hat die rechtliche Anerkennung sehr viel Positives gebracht. Wir können heute den anderen grossen Religionen auf Augenhöhe begegnen und sie besser kennenlernen, und die Offenheit, die zwischen uns herrscht, hat uns einander nähergebracht. Das war mir immer ein wichtiges Anliegen und es bleibt auch ein Wunsch für die Zukunft: Weg von den ewigen Klischees, mehr Offenheit, mehr Interesse füreinander, mehr Dialog und mehr konstruktive Begegnungen. Mir ist es wichtig, dass man mit allen Menschen offen umgeht, dass man Fragen stellt und dass man Freundschaften über den eigenen religiösen Tellerrand pflegt. Das braucht oft Mut, ist aber enorm bereichernd. Das, was wir gemeinsam sehen, zeigt sich dann in dem, was wir am Schluss gemeinsam ernten. Wir alle hier vertreten Hunderttausende von Menschen verschiedener Religionen in unserem Kanton und es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass unsere Arbeit gute Früchte trägt. Wir haben die Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen für das, was uns wichtig ist. Und wir müssen die Verantwortung selber übernehmen, damit unsere Welt auch für unsere Kinder und Enkelkinder lebenswert bleibt.

Liebe Franziska, Michel, Urs, David, ich danke euch für die gute Zusammenarbeit und für die Freundschaft. Ihnen allen hier im Saal danke ich herzlich für Ihr unermüdliches Engagement für die Menschen im Kanton und wünsche Ihnen viel Genugtuung und Erfolg bei Ihrer wichtigen Arbeit zum Wohle unserer Gesellschaft. Vielen Dank. (*Applaus*)

Ratspräsident Dieter Kläy: Wir kommen nun zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern, die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Im Sinne der Effizienz schliessen wir uns dem Votum der GPK-Sprecherin an und bedanken uns ganz herzlich für die geleistete Arbeit zugunsten der Gesellschaft des Kantons Zürich und nehmen den Jahresbericht zur Kenntnis. Vielen herzlichen Dank.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Die diversen Tätigkeiten der anerkannten Religionsgemeinschaften leisten einen immensen Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Leben in unserem Kanton. Zahlreiche elementare gesellschaftstragende Aufgaben und bereichernde Projekte werden von ihnen übernommen und durchgeführt. In den jeweiligen sorgfältig und interessant gestalteten Jahresberichten ist die ganze Breite und Vielfalt der Tätigkeiten ersichtlich. Da meine Co-Referentin schon auf einige Tätigkeiten eingegangen ist und wir nur einen begrenzten Zeitrahmen haben, kann ich Ihnen also durchaus ans Herz legen, falls Sie das noch nicht gemacht haben, einen Blick in die erwähnten Jahresberichte zu werfen.

Da die vielfältigen Tätigkeiten also in diesem Rahmen aufgrund des Zeitdrucks nicht hinreichend gewürdigt werden können, muss ich mir hier, ergänzend zu den Erwähnungen meiner Kollegin, auf eine kurze Wertschätzung einiger weniger Projekte beschränken: Dazu gehört unter anderem der von zahlreichen freiwilligen Mitgliedern organisierte Mittagstisch der Augustinerkirche der Christkatholischen Kirchgemeinde. Dort wird in lockerer Atmosphäre und in bunt zusammengemischten Gruppen der Zugang zur deutschen Sprache erleichtert und ein wertvoller Austausch gelebt. Auch die Jüdischen Filmtage waren ein voller Erfolg. Es wurden über 30 Filme aus unterschiedlichen Gattungen gezeigt, so auch die Breslauer Bibliothek, die sich als Kulturgut von nationaler Bedeutung nach wie vor grosser Beliebtheit erfreut. Die Migrantenseelsorge der Katholischen Kirche hat sich auch dieses Jahr sogar verstärkt um eine Vielzahl von Besuchern gekümmert und eine immense freiwillige Arbeit geleistet. Die seelsorgerischen Tätigkeiten aller anerkannten Religionsgemeinschaften leisten einen gewichtigen sozialen Beitrag zum Gemeinwohl.

Gemeinsam mit meiner Kollegin Edith Häusler durfte ich den anerkannten Religionsgemeinschaften einen Besuch abstatten. Die Gespräche und der offene Austausch mit Ihnen, geschätzte Vertreterinnen und Vertretern, habe ich sehr geschätzt und dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Auch der rege Austausch der Religionsgemeinschaften untereinander sowie mit der Justiz- und der Sicherheitsdirektion ist sehr zu begrüssen.

Wie bereits erläutert, verdient also dieses Engagement der Religionsgemeinschaften grosses Anerkennung. Doch es ist wichtig, dass solche zentralen sozialpolitischen Aufgaben und Tätigkeiten in den Bereichen der Bildung, Migration und Kultur nicht einfach verstärkt den Religionsgemeinschaften überlassen, sondern auch staatlich angemessen wahrgenommen und entsprechend finanziert werden. In diesem Sinne empfiehlt auch die SP-Fraktion die Jahresberichte der anerkannten Religionsgemeinschaften wohlwollend zur Kenntnisnahme. Besten Dank.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Wir nehmen Kenntnis von den Jahresberichten der kantonal anerkannten kirchlichen Körperschaften sowie der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern. Der Kanton Zürich gewährt gesamtheitlich einen jährlichen Kredit von 50 Millionen Franken. Die Finanzkontrolle überprüft die negative Zweckbindung der Gelder. Dabei wird der Aufwand für die kultische Tätigkeit vom Gesamtaufwand abgezogen. So wird relativ pragmatisch der Aufwand für die gesellschaftliche Tätigkeit ermittelt und die negative Zweckbindung nachgewiesen.

Die Religionsgemeinschaften leisten einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhang in unserem Kanton und stiften Identität. Bei Bedarf sind sie auch eine wichtige Stütze für ihre Mitglieder und nehmen dabei eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Aufgabe wahr. Speziell hervorheben möchten wir, dass in den Religionsgemeinschaften die ehrenamtliche Tätigkeit eine grosse Bedeutung hat. Das Engagement von Freiwilligen bildet in vielen Bereichen eine elementare Stütze unserer liberalen Gesellschaft. Mit einem speziellen Dank an die vielen

Freiwilligen bedankt sich die FDP bei den Religionsgemeinschaften für das grosse Engagement zugunsten unserer Gesellschaft.

Andrea Gisler (GLP, Gossau): Ich wohne im Bezirk Hinwil, im «Bibelgürtel» des Kantons. Mit dem Gürtel ist das so eine Sache: Wenn er zu eng geschnürt wird, wird es ungesund. Was heisst das, übertragen auf die Religionsgemeinschaften? In allen Weltreligionen gibt es fundamentalistische Strömungen. Sie lassen nur die eigene Glaubensüberzeugung, die eigene Wahrheit zu. Der Fundamentalismus ritzt unseren liberalen Rechtsstaat. Er verletzt Grundrechte, insbesondere die persönliche Freiheit und die Rechtsgleichheit, die in der Verfassung verankert ist, unabhängig vom Geschlecht und von der sexuellen Orientierung. Und hier müssen wir Politikerinnen und Politiker wachsam sein und so verstehe ich das heutige Traktandum.

Es obliegt uns nur – aber immerhin –, die Jahresberichte der anerkannten religiösen Gemeinschaften zur Kenntnis zu nehmen und auch zur Kenntnis zu nehmen, dass die Kirchensteuern der juristischen Personen nicht für kultische Zwecke verwendet werden. Und wenn man etwas nur zur Kenntnis nehmen muss oder darf, kann man gar nicht wirklich dagegen sein, zumindest, wenn man es juristisch anschaut. Aber man muss wachsam sein. Die anerkannten Religionsgemeinschaften haben keine Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton. Sie sind also weitgehend frei, was sie anbieten und wie sie es tun. Die Jahresberichte zeigen, wie vielfältig die Angebote sind, und zwar in ganz verschiedenen Bereichen: in der Seelsorge, in der Bildung, in der Kultur und nicht zuletzt auch im sozialen Bereich. Viele dieser Angebote kommen nicht nur den Mitgliedern der jeweiligen Religionsgemeinschaft zugute, sondern der ganzen Bevölkerung. Als Beispiel diene die ökumenische Bahnhofkirche im Zürcher Hauptbahnhof. Das ist gewissermassen eine «Permanence für die Seele», die an 365 Tagen im Jahr offen hat und Hilfe anbietet, niederschwellig, kostenlos, offen für alle Menschen. Diese Leistungen, welche für die gesamte Gesellschaft erbracht werden, sind nur möglich dank sehr viel Freiwilligenarbeit. Gerade die Frauen leisten im kirchlichen Bereich enorm viel Freiwilligenarbeit, und dies, obwohl ihnen zum Teil elementare Rechte vorenthalten werden, wie in der Katholischen Kirche, die noch immer keine Frauenordination kennt.

Und wenn ich schon bei der Katholischen Kirche bin – die kenne ich halt einfach am besten: Sie hat im Gegensatz zu ihrer Schwesterkirche keinen Mitgliederschwind. Warum? Dank der Zuwanderung. Die Migrantinnen und Migranten sind oft die aktivsten, engagiertesten und innovativsten Mitglieder. Die Kirchen leisten hier äusserst wertvolle Arbeit bei der Integration der ausländischen Bevölkerung.

Und so bleibt mir zum Schluss, den anerkannten Religionsgemeinschaften den grossen Dank für ihre Arbeit im Dienste der gesamten Gesellschaft auszusprechen. Dass wir das hier und heute tun können und Religionsfrieden haben, ist keine Selbstverständlichkeit.

Walter Meier (EVP, Uster): Wie jedes Jahr im November steht auch in diesem Jahr der auf den ersten Blick etwas kompliziert formulierte Antrag respektive der Antrag mit dem wohl längsten Titel auf der Traktandenliste. Ich verzichte darauf, ihn hier vorzulesen. Vor allem die Formulierung «negative Zweckbindung» ist nicht für alle verständlich. Die Idee dahinter ist ganz einfach: Die Kirchensteuern der juristischen Personen dürfen nicht für kultische Zwecke, also Gottesdienste und so weiter, eingesetzt werden. Die Reformierte Kirche definiert das umgekehrt, was ebenso richtig ist: Die Steuererträge der natürlichen Personen müssen die kultischen Aufwendungen decken. Die Reformierte Kirche hat im Jahr 2018 rund 162 Millionen Franken Steuern von natürlichen Personen erhalten. Die kultischen Aufwendungen betragen knapp die Hälfte. Der Nachweis der negativen Zweckbindung ist damit erbracht. Nicht zuletzt wegen der Forderung der negativen Zweckbindung fungiert bei den beiden grossen Landeskirchen die Finanzkontrolle des Kantons Zürich als Revisionsstelle. Damit hat der Kantonsrat Gewähr, dass die Aussagen zur negativen Zweckbindung verlässlich sind.

Die EVP stimmt dem Antrag 5573a zu und dankt den anerkannten Religionsgemeinschaften für ihren Einsatz zum Wohle der Menschen im Kanton Zürich.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die anerkannten Religionsgemeinschaften wie, wohlgermerkt, auch nicht anerkannten Religionsgemeinschaften, die es bei uns im Kanton Zürich ja auch gibt und die nicht die Ehre haben, hier im Saal zu sitzen – vielleicht wird sich dies in einiger Zeit einmal ändern –, auf jeden Fall erfüllen diese anerkannten Religionsgemeinschaften bis heute eine wichtige Funktion im öffentlichen Leben bei uns hier im Kanton Zürich. Neben ihrer spirituellen Funktion sind sie für viele Menschen in sozialen Aspekten eine wichtige Stütze und sind in dieser Funktion aus unserem Gemeinwesen nicht mehr wegzudenken. Insbesondere auch im Asylbereich erfüllen die Religionsgemeinschaften wichtige Funktionen. Zwei Beispiele hat die GPK in ihrem Bericht hervorgehoben, nämlich die Migrantenseelsorge der Katholischen Kirche und den Mittagstisch Augustinerkirche der Christkatholischen Kirche. Diese zwei im Bericht genannten Beispiele muss man hierbei ausdrücklich als «Beispiele» bezeichnen, entfalten doch auch die übrigen Kirchen beziehungsweise die jüdischen Gemeinden sowie auch jede einzelne Kirchgemeinde im Kanton, nicht nur in der Stadt Zürich, sondern auch in den einzelnen Gemeinden draussen, ihre soziale Funktion in vielfältiger Weise, sei es nur schon im Kleinen, beispielsweise mit Wandergruppen für Senioren. Auf eine vollständige Auflistung verzichte ich hier, wäre eine solche Aufzählung doch auch gar nicht einfach zu erstellen.

Auf jeden Fall nimmt die Alternative Liste die Jahresberichte zustimmend zur Kenntnis.

Ratspräsident Dieter Kläy: Wir kommen nun zur offenen Runde. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Ich erlaube mir auch dieses Jahr als gläubiger Protestant und mit meiner Firma Zwangskirchensteuerter einige Worte zum Jahresbericht meiner ehemaligen Kirche, der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Zürich, zu verlieren. Ich schliesse dabei ausdrücklich die anderen Landeskirchen nicht in mein Votum ein.

Die Zürcher Bevölkerung ist im Berichtsjahr 2018 erneut kräftig gewachsen. Ende 2018 zählte der Kanton Zürich 1'516'800 Einwohner. Damit hat die Bevölkerung im Laufe des vergangenen Jahres um 1,2 Prozent zugenommen. Die Evangelisch-reformierte Landeskirche dagegen hat 7510 Mitglieder verloren, 4949 durch Austritte, was fast 10 Prozent mehr Austritte gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Ende 2018 waren noch 28,03 Prozent der Bevölkerung evangelisch-reformiert, Ende 2017 waren es 28,9 Prozent. Die Evangelisch-reformierte Kirche entlässt in unserem Kanton weiterhin massenhaft Schäfchen und die Kirchenoberen halten unbeirrt an ihrem eingeschlagenen Kurs fest. Hört man den Kandidaten für das Kirchenpräsidium der grössten Kirchengemeinde im Kanton Zürich, der Stadtzürcher Kirchenpflege, zu, so zeigt sich auch dort eine beängstigende Nonchalance.

Der Kirchenrat der Reformierten Kirche des Kantons hat sich im Juni im Rahmen der Vernehmlassung zur Ehe für alle für den Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption von gleichgeschlechtlichen Paaren wie auch den Zugang von gleichgeschlechtlichen Frauenpaaren zur Samenspende ausgesprochen. Und anfangs dieses Monats hat sich der Reformierte Kirchenbund der Schweiz für die Ehe für alle ausgesprochen. Die gesellschaftspolitische Haltung und das sture Festhalten der Zürcher Landeskirche, angeführt durch ihren Präsidenten, Herrn Michel Müller, an tendenziell linksliberalen oder sozialistisch geprägten Standpunkten war für eine sehr grosse Anzahl ehemaliger Kirchenmitglieder unerträglich und wird auch für viele Noch-Mitglieder der Kirche immer unerträglicher. Auch sie haben genug von einseitigen, provokativen und gesellschaftskritischen Kurs ihrer Angestellten und stehen kurz vor dem Austritt aus der Kirchen. Aufgrund der sich rapide ändernden Bevölkerungsstruktur – Stichworte «Überalterung», «Zuwanderung» und «grösserer Geburtenzuwachs in Familien zugewanderter Mitglieder anderer Konfessionen» – sowie des Bevölkerungswachstums, Stichwort «Immigration» – ist unser Land auch letztes Jahr wieder um fast 60'000 Einwohner gewachsen, hingegen wird sich der Teil der Bevölkerung, welcher Mitglied von derzeit staatlich anerkannten Landeskirchen ist, bald in der Bevölkerungsmindertheit befinden. Ende 2018 gehörten nur noch 53,69 Prozent der Wohnbevölkerung des Kantons einer der drei christlichen Landeskirchen an. Nicht verwunderlich, denkt die Justizdirektorin unseres Kantons, Frau Jacqueline Fehr, SP, laut über ein Gesetz für Muslime nach. Solange meine ehemalige und Ihre Kirche, sehr geehrter Herr Müller, sich nicht endlich wieder auf die Vertretung der in unserer Verfassung verankerten Grundwerte konzentriert und wieder dem erfolgreichen Motto nachlebt, welches lautet «Alle Kirchenmitglieder sind gleich», und sich politischer Neutralität verpflichtet, wird die Anzahl der Menschen, die sich von der Evangelisch-reformierten Kirche abwenden, prozentual noch weiter zunehmen und werden

ergo die zweckgebundenen Kirchensteuergelder erodieren. Die soziale Bedeutungslosigkeit des evangelisch-reformierten Glaubens in unserem Kanton würde endgültig Tatsache und die Trennung von Kirche und Staat wäre nicht mehr aufzuhalten. Einzige Ausnahme wäre wohl, wenn sich eine neue Mehrheit, bestehend aus der Gemeinschaft aller Muslime in unserem Kanton, gegen die Trennung von Religion und Staat entscheiden würde.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Meine Interessenbindung: Ich bin aktives Mitglied der reformierten Kirche Steinmaur/Neerach und als solches vor allem natürlich von den Entscheiden der Reformierten Kirche des Kantons Zürich direkt betroffen. Dieses Jahr – wir wissen es alle – feiern wir 500 Jahre Reformation. Zwingli hatte dazumal gegen die Heiligenverehrung, gegen den Ablasshandel der Katholischen Kirche gekämpft. Denn die Katholische Kirche hatte sich von der biblischen Botschaft entfernt und eigene Regeln eingeführt, die ihr Macht und Reichum ermöglichten. Zwingli verwies in seinen Predigten zentral auf «sola scriptura», allein durch die Schrift, «sola fide», allein durch den Glauben, «sola gratia», allein durch die Gnade, «solus christus», allein durch den Glauben an Christus. Das ist die Botschaft der Bibel, und es ist nach wie vor der zentrale kirchliche Auftrag, dies zu verkündigen. Eine christliche Kirche, die das biblische Zeugnis nicht mehr ins Zentrum stellt, hat keine Legitimation mehr. Eine solche Kirche geht zu Recht unter.

Und was macht die Reformierte Kirche? Sie engagiert sich zum Beispiel gegen den Marsch fürs Leben (*jährlich stattfindende Demonstration gegen Abtreibungen*), indem der Kirchenratspräsident Michel Müller öffentlich sagte, dass er eher auf der Gegendemo statt beim Marsch fürs Leben mitlaufen würde. Das ist ein Verrat an der biblischen Botschaft. Neuerdings engagiert sich die Reformierte Kirche für die Ehe für alle. Mit dieser Entscheidung stellt sich die Kirchenleitung gegen die biblische Offenbarung und verliert ihre geistliche Autorität und fördert ihren eigenen Zerfall. Jesus bekräftigte im Matthäus 19 Vers 4 die grundlegende Wahrheit aus dem ersten Mose-Buch. Dort steht: Die Ehe ist die Gemeinschaft eines Mannes und einer Frau. Ich zitiere: «Habt ihr nicht gelesen, dass der Schöpfer sie von Anfang an als Mann und Frau geschaffen hat?» Herr Locher (*Gottfried Locher, Präsident des schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und geschäftsführender Präsident der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa*), der oberste Reformierte, ging noch weiter und sagte, dass Homosexualität dem Schöpfungswillen entspreche. Es gibt keine Bibelstelle, die gleichgeschlechtliche Beziehungen sexuell oder anderweitig positiv oder neutral darstellt. Mit solchen Aussagen distanziert sich die Reformierte Kirche überdies von anderen christlichen Kirchen. Die Kirchenleitung provoziert damit eine Kirchenspaltung und ist dann erstaunt, wenn die Mitglieder in Scharen austreten. Perfid, aber durchaus im eingeschlagenen Fahrwasser sind Aussagen der Theologischen Fakultät, die verlangen, dass künftig jeder Theologiestudent, der die Ehe für alle ablehnt, nicht mehr erwünscht ist. Das ist Gesinnungsethik.

Die Reformierte Kirche hätte wieder eine Reformation nötig, ich habe es eingangs erwähnt, die biblische Botschaft steht nicht mehr im Zentrum. Das hat nichts mit Fundamentalismus zu tun, sondern es hat etwas mit der Grundlage der biblischen Botschaft zu tun. Die Grundlage ist die Bibel, und zwar vom ersten bis zum letzten Wort. Das ist die Grundlage unserer Kirche. Das hat uns Wohlstand ermöglicht, das hat uns eine Demokratie ermöglicht (*Heiterkeit*), das hat uns das Bildungswesen ermöglicht. Unser Recht fusst auf den zehn Geboten. Das sind alles Errungenschaften der christlichen Glaubensgemeinschaften, darum ist es wichtig und zentral, dass für eine fortschrittliche Schweiz, für eine fortschrittliche Gesellschaft die Besinnung auf unser Fundament, auf unsere Wurzeln erfolgt. Danke oftmals.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Religionen sind wichtig. Manchmal habe ich das Gefühl, die Politik vergisst, welche Religion unsere Freiheit, unser wirtschaftliches Wachstum begünstigt hat. Wir feiern 500 Jahre Reformation. Die Reformation hat die Volksschule erst ermöglicht und das wirtschaftliche Wachstum geprägt. An dieser Stelle möchte ich auch Michel Müller zu seiner Wiederwahl gratulieren, sie war ja nicht ganz unbestritten. Ich wünsche ihm für seine weitere Tätigkeit für die Reformierte Kirche Weisheit, Kraft und das Fundament des Glaubens zu leben.

Wir machen hier Politik und keine Predigten, aber die Politik muss die Toleranz und die Unterstützung allen Religionen in gleichem Masse zuteilwerden lassen und nicht ausschliesslich den neuen, den zugewanderten, den vielleicht anderen Religionen, und das Christentum muss in dieser Art und Weise die Toleranz geniessen können, wie es die anderen tun. Wir erleben das auch hier im Saal: Wenn christliche Werte verteidigt werden, dann wird gelacht. Ich wette mit Ihnen: Würde hier ein Muslim aufstehen und seine Traditionen und seine Werte verteidigen, dann würde geklatscht und mit Sicherheit nicht gelacht. Das, finde ich, ist Toleranz. Es muss Platz haben auch in unserer Gesellschaft, basiert sie doch auf unseren christlichen Werten. Danke.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich möchte jetzt kein historisches Kolloquium machen. Zumindest würdigen wir das Verdienst der Reformierten Kirche, dass sie diese 500 Jahre wirklich gut gefeiert und die Geschichte auch wieder erlebbar gemacht hat. Aber Herr Egli, die Reformation war nicht ein Weg zurück zur Armut. Die Reformation in Zürich war nichts anderes als eine wahnsinnige Bereicherungs- und Enteignungsaktion des Staates. Der Staat hat sich die Ländereien der Klöster unter den Nagel gerissen und wurde auf einmal viel reicher, als er es vorher war. Er hat die Macht der Kirche gebrochen und eine Symbiose von Kirche und Staat gemacht. Das war doch das Wesen der Reformation. Staat und Kirche waren 200 oder 300 Jahre lang eine Einheit und erst mit der Bundesverfassung von 1848 konnte man das auch brechen, respektive mit der Französischen Revolution. Das war doch die Sache. Deshalb ist die Landeskirche etwas zutiefst Protestantisches. Das gibt es nur in der protestantischen Kirche. Es gibt nicht «die

Landeskirchen», es gibt in Zürich eine einzige Landeskirche, und das ist immer noch der Ausdruck dafür, dass der Staat und die Kirche gemeinsam waren, deshalb auch dieser Ausdruck.

Und dann haben Sie auch noch gesagt, nur wegen der Reformation respektive wegen der Bibel hätten wir die Demokratie. Also bitte, alles was gut und recht ist: Ich meine, die Bibel ist ein wunderbares Buch und es gibt viele Parabeln über das Leben, die man in der Bibel lesen kann. Die Passionsgeschichte ist ja ein wunderbares Beispiel für die Niedertracht der Menschheit und zeigt, wie das Volk innerhalb von fünf Tagen die Meinung ändern kann. Das muss man sich immer wieder vergewissern, das ist wirklich ein Beispiel für das Leben. Aber die Demokratie hat uns die Bibel jetzt also nicht gebracht. Die Demokratie haben wir mit der Aufklärung gegen die Kirche und gegen die Bibel erreicht.

Josef Widler (CVP, Zürich): Die CVP bedankt sich bei den Vertretern der Gemeinschaften für ihre Arbeit zugunsten des Seelenheils vieler unserer Kantonsbewohner. Ich habe mit etwas Sorge der Diskussion zugehört, wenn man so über Glaubenssätze spricht. Ich glaube, die Aufgabe aller Religionen ist nur eine, und zwar dafür zu sorgen, dass die Menschen auch ihr Seelenheil bewahren können. Wir wissen alle: Welche religiöse Gemeinschaft es auch ist, es besteht die Gefahr, dass das Bodenpersonal sich der Macht bemächtigt und diese missbraucht. Eines der wichtigsten Anliegen für anerkannte Gesellschaften ist es, diese Macht nicht zu missbrauchen und für die Schwächsten da zu sein. Die Glaubenssätze, die wir jeweils hören, sichern nur die Macht. Ich glaube nicht, dass sie sehr viel zum Wohle der Menschen in diesem Kanton beitragen. In diesem Sinne nochmals besten Dank für die geleistete Arbeit.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Es wurde einiges gesagt über politische Betätigung der Kirchen, mit der man glücklich oder weniger glücklich sein kann. Aber es gibt eine Thematik, die uns alle sowohl in der Politik wie in der Religion in neuester Zeit beschäftigen muss: Tausende sind in der Westschweiz und in Frankreich auf die Strasse gegangen, weil es praktisch zur Mode geworden ist, Frauen zu töten. Es gibt in Frankreich etwa alle zwei Tage den Mord an einer Ehefrau oder Partnerin. In der Schweiz geschieht das alle 14 Tage. Hier ist sicher die Politik, das Strafrecht, gefragt, es sind natürlich auch sinnvolle Erhebungen gefragt. Eine Erhebung, die letzthin im Tages-Anzeiger publiziert wurde, besagte, dass immerhin 20 Prozent der jungen muslimischen Immigranten ohne weiteres befürworten, dass der Mann die Frau beliebig schlagen darf. Schlagen bis erschlagen, das ist gestützt auf Sure 4, obwohl man darüber streiten kann, was diese genau aussagt. Meine Vorrednerin (*Elisabeth Pflugshaupt*) hat dargelegt, dass man sich gegen Fundamentalismus wehren soll. Das ist ein Thema der Politik, aber ich finde, auch ein Thema der Kirche. Wir dürfen es nicht dulden, auch aus religiösen Gründen – und ich spreche hier auch als gläubiger Protestant –, dass in unserer Gemeinschaft Frauen praktisch als Wegwerfprodukt behandelt werden, denen man beliebig Gewalt antun darf und die man gegebenenfalls sogar töten darf. Und

hier hätte ich nichts gegen politische Stellungnahmen der Kirche, aber auch konkrete Bodenarbeit der Kirche. Je mehr sich dagegen wehren, diese Auffassung zu vertreten, desto eher hat auch die Politik eine Chance, mit dem reinen Strafrecht durchzudringen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen): Als Historiker hat mich natürlich das Votum von Hans Egli provoziert. Der Hauptunterschied zwischen Islam und Christentum – oder einer der Hauptunterschiede zwischen Islam und Christentum – ist mit Sicherheit, dass das Christentum die Aufklärung mitgemacht hat. Die Aufklärung hat dazu geführt, dass erkannt wurde, dass die Bibel auch ein historisches Buch ist, eine historische Quelle darstellt, die der wissenschaftlichen Diskussion und der historischen Kritik offensteht. Hans Eglis antiquierte Auffassung geht aber klar hinter die Aufklärung zurück und sie entspricht eher jener eines fundamentalistischen Islams und widerspricht einem modernen Religionsverständnis.

Danken möchte ich dagegen Frau Kértész für ihre mutigen und offenen Worte, für ihren Appell an die Toleranz. Das ist ermutigend, so stelle ich mir moderne Religiosität vor. Herzlichen Dank.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Es befremdet mich, wenn hier drin diese Genehmigung und Kenntnisnahme der Jahresberichte missbraucht wird, um über eine Religionsgemeinschaft, die eben hier drin nicht vertreten ist, herzuziehen und diese Leute in globo zu verurteilen. Alle diese Probleme, die es allenfalls mit muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gibt, können wir andernorts besprechen, aber nicht, wenn wir heute diese Jahresberichte genehmigen. Es ist eine Tatsache, dass hier in diesem Land, seit wir Geschichtsschreibung betreiben, immer mehrere Religionen zusammengelebt haben, teilweise besser, teilweise weniger gut. Viele der hier heute anwesenden Religionsgemeinschaften haben sich in der Vergangenheit im Zusammensein mit anderen Religionsgemeinschaften nicht mit Ruhm bekleckert, haben sich blutig bekämpft, aber das ist nicht das Thema heute. Wir stehen an einem Punkt, an dem die wahre Botschaft der Bibel, nämlich die Nächstenliebe, gepflegt und wirklich auch gelebt werden soll. Dies ist die Botschaft, und ich bin überzeugt und glaube, dass die hier anwesenden Vertreter und die hier anwesenden Köpfe dieser Religionsgemeinschaften dies im vergangenen Jahr nicht nur gut, sondern sehr gut gemacht haben. Und das ist der Punkt, worüber wir hier heute sprechen sollten, und nicht darüber, was andere Religionsgemeinschaften, die vielleicht auf dem Weg sind, noch nicht so gut gemacht haben.

Ich schliesse mit dem Dank und wünsche Ihnen, dass es weiterhin so geht.

Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Demokratie entstand aus dem biblischen Gedankengut, Markus Bischoff, und die Reformation hat erst das freie Denken wirklich breit ermöglicht. Das hat die Aufklärung ermöglicht. Das hat die Aufklärung nicht nur mitgemacht, sondern ermöglicht. Und wenn man die

Nobelpreisquote anschaut, dann ist ganz klar ersichtlich: Die christlichen Länder haben die absolut höchste Quote (*Heiterkeit*). Das belegt das freie Denken. Das sind Fakten, das sind Tatsachen.

Und zum Bodenpersonal, es wurde ja angesprochen, das ist etwas Zentrales, das ich gesagt habe: Die Bibel gibt uns eine höhere Autorität. Die Bibel sagt, es gibt eine höhere Autorität, es gibt eine absolute Wahrheit. Ich gebe Ihnen ein Beispiel eines Staates, der dies infrage stellt, das ist nämlich Kanada. Der Erziehungsminister hat dort gesagt und verlangt – das ist in Kanada nach wie vor am Obersten Gericht hängig –, dass Schulen, die sagen «Es gibt eine höhere Autorität, es gibt einen Gott, der über allem steht», ihre Akkreditierung verlieren. Das ist gleichbedeutend mit: Sie verlieren auch ihre finanzielle Unterstützung. Mit solchen Entscheidungen setzt sich die Regierung über alles. Die Regierung will das Mass aller Dinge sein. Die Regierung will alles befehlen, alles kontrollieren, will alle Macht und Kontrolle an sich reissen und schreckt nicht davor zurück, in dem Sinne auch Gesinnungsethik zu betreiben.

Ich habe gehört, ich hätte antiquierte Ansichten. Da muss ich Ihnen einfach sagen: Beat Bloch hat gesagt, Nächstenliebe sei die biblische Botschaft. Das ist ein Teil der biblischen Botschaft, zu 100 Prozent, das ist etwas ganz Zentrales. Aber die biblische Botschaft enthält noch viel mehr. Ich habe ja nur gesagt, die Kirche solle die ganze biblische Botschaft auch verkündigen und nicht nur einen Teil herauspicken. In dem Sinn verstehe ich mein Votum als Appell, dass die Kirchen ihren biblischen Auftrag als Ganzes wahrnehmen. Danke.

Brigitte Rössli (SP, Illnau-Effretikon): Die Kirchen haben über Jahrhunderte mit Moral viele Menschen getötet und in die Enge gedrängt. Liebe den Nächsten wie dich selbst, dies steht in der Bibel und dies macht die Evangelische Kirche des Kantons Zürich. Als ehemalige Co-Präsidentin der Lesbenorganisation Schweiz begrüsse ich diesen Schritt sehr und ich bedanke mich im Namen der Lesben und Schwulen der Schweiz für dieses grosse Engagement, für diesen Schritt, den sie getan hat. Und Sie zeigen, dass Sie die Kinder dieser Welt nicht weiter in den Suizid treiben wollen, weil sie von einer verknöcherten und rückständigen Gesellschaft weiter in die Enge getrieben werden. Danke.

Michel Müller, Präsident des Kirchenrates der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich: Weil ich die Ehre hatte, mindestens dreimal namentlich genannt zu werden, möchte ich mich hier auch persönlich outen – respektive zu Wort melden (*Heiterkeit*).

Zunächst danke ich insbesondere Herrn Landmann für seinen wertvollen Hinweis, was für einen Tag wir heute haben: einen «Tag gegen die Gewalt an Frauen», darauf hat er hingewiesen. Der Sankt Peter (*Zürcher Stadtkirche*) wird heute Abend um 17 Uhr orange beleuchtet sein als Erinnerung, zum Gedenken an diesen Tag. Wenn Sie das also sehen, dann erinnern Sie sich an das, was Herr Landmann

heute gesagt hat. Und um 18.30 Uhr wird auch eine Besinnung im Sankt Peter zu diesem Thema stattfinden. Vielen Dank also für diesen Hinweis.

Vielen Dank auch für den Hinweis von Herrn Bloch, dass wir hier nicht über Religionsgemeinschaften, sondern mit Religionsgemeinschaften sprechen. In dem Sinne finde ich das auch richtig, dass sie insbesondere auf die Reformierte Kirche eingehen und mit ihr auch kritisch oder loyal-kritisch, konstruktiv-kritisch sprechen – nicht über sie, sondern mit ihr. Und es ist ein Weg, den wir als Religionsgemeinschaften zusammen mit der Direktion der Justiz und des Innern, mit Frau Jacqueline Fehr ja verfolgen, dass wir als Religionsgemeinschaften miteinander sprechen, nicht nur übereinander. Das ist ein Weg, den sie mit dem Leitbild der Regierung vorangeht, dass wir auf alle Religionsgemeinschaften zugehen und sie konstruktiv einbinden. Dann können Sie hier auch mit statt über Religionsgemeinschaftsgemeinschaften sprechen.

In den Streit zwischen Demokratie und Kirche mische ich mich nicht ganz direkt ein. Ich kann nur sagen: Heute ist es so, dass eine Religionsgemeinschaft nur dann anerkannt sein kann, wenn sie demokratisch organisiert ist, entweder als Verein, wie zum Beispiel die jüdischen Gemeinschaften, oder eben als Körperschaften, wie die Christkatholische Kirchgemeinde oder die Römisch-katholische Körperschaft oder eben die Evangelisch-reformierte Landeskirche. In dem Sinne nehme ich alle Kritik auch an mir persönlich entgegen, aber einigermaßen gelassen, weil ich ja demokratisch gewählt worden bin – da danke ich auch Frau Pflugshaupt für die Gratulation –, nach einem Wahlkampf, genauso wie Herr Locher letzten Sommer, der sich auch einem Wahlkampf stellen musste und demokratisch wiedergewählt worden ist. All das, was wir in der Kirche machen – daran möchte ich Sie erinnern –, wird demokratisch beschlossen, insbesondere in der Reformierten Kirche: Wir wählen demokratisch. Auch ein intensiver Wahlkampf in der Stadt Zürich ist noch nicht durch, geht weiter. Wer auch immer gewählt wird, er ist demokratisch gewählt. Und Sie als Mitglieder des obersten demokratischen Organs werden das ganz gewiss respektieren. Welche politische Absicht nun dieser Präsident oder die Präsidentin auch hat, es ist demokratisch legitimiert. In dem Sinn ist es auch demokratisch legitimiert, wenn sich der Schweizerische Evangelische Kirchenbund mit 49 zu 11 Stimmen für die Einführung der zivilen Ehe für alle ausgesprochen hat, nachdem die demokratisch gewählten Abgeordneten in einer demokratischen Versammlung intensiv darüber debattiert und abgestimmt haben. Diese Ergebnisse habe ich als Präsident der obersten leitenden und vollziehenden Behörde ganz einfach zu respektieren, und nicht nur das, sondern auch aktiv zu vertreten, selbst wenn sie mir nicht entsprechen würden. Es ist meine Pflicht als Exekutivpräsident, das zu vertreten. Und das tue ich aber durchaus auch mit Stolz. Denn es ist so, dass wir nach der Reformation einiges Kritisches zu betrachten haben, einige Schattenseiten. Unter anderem wurden Menschen, die sich homosexuell betätigten, nach der Reformation auch noch mit dem Tode bestraft – aufgrund durchaus biblischer Formulierungen. In dem Sinne bin ich froh, dass wir heute die Bibel theologisch verantwortet interpretieren und nicht einfach eins zu

eins so übernehmen. Das ist unsere Aufgabe und als Pfarrer habe ich das versprochen: die Bibel theologisch verantwortet zu interpretieren. Das werde ich auch weiterhin tun, zusammen mit allen Kolleginnen und Kollegen im Pfarramt.

In dem Sinne danke ich durchaus auch Herrn Egli, dass er uns an das Engagement erinnert. Er ist ja Mitglied der Reformierten Kirche. Das heisst, er kann sich in seiner Kirchgemeinde, im Bezirk und im Kanton betätigen. Und wenn er dann halt keine Mehrheit findet, kann er sich ja noch beklagen, aber es ist ein Weg, den er selber gehen kann im Unterschied zu Herrn Amrein, der halt ausgetreten ist und sich in der Kirche nicht mehr demokratisch engagieren kann (*Heiterkeit*).

Ich danke Herrn Egli auch für den Hinweis auf die zehn Gebote. Ich erinnere ihn daran, dass das neunte Gebot heisst «Du sollst nichts Falsches über deinen Nächsten sagen». Mindestens zwei Aussagen über mich hat er missverständlich oder falsch gemacht. Das eine betrifft den Marsch fürs Leben: Das habe ich so nicht gesagt. Und das Zweite: Wir haben auch keinen Ausbildungsverantwortlichen, der eine Gewissensprüfung bei Studierenden macht, so ist es auch nicht. Also danke für die Beachtung der zehn Gebote und insbesondere für das neunte.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal: Sehr geehrter Herr Müller, ich glaube, dieses Votum darf man als Bürger dieses Staates nicht unbeantwortet lassen. Theologisch verantwortet integrieren: Was Sie hier machen, Herr Müller, Sie wollen sich in Ihrer Rumpfkirche – erlauben Sie mir das Wort «Rumpfkirche», denn Ihre Kirche verliert ja immer mehr Leute, wie gesagt – mit solchen Aussagen legitimieren. Nur haben Sie mir vorher wahrscheinlich nicht zugehört, Sie haben nicht zugehört, was ich im letzten Abschnitt gesagt habe. Ich lese es jetzt für Sie nochmals vor, Herr Müller: Die soziale Bedeutungslosigkeit des evangelisch-reformierten Glaubens in unserem Kanton würde endgültig, wenn Ihnen weiter Leute davonlaufen. Denn diese Leute, die nicht mehr in Ihrer für Sie demokratisch legitimierten Kirche sind, das sind auch Protestanten, die an den lieben Gott glauben. Und das sind Leute, die sich für unser christliches Weltbild einsetzen. Und die Trennung von Kirche und Staat ist leider Gottes, wenn das so weitergeht, nicht mehr aufzuhalten, Herr Müller. Einzige Ausnahme wäre wohl – und jetzt hören Sie noch einmal zu –, einzige Ausnahme wäre wohl, wenn sich eine neue Mehrheit, bestehend aus der Gemeinschaft aller Muslime in unserem Kanton, gegen die Trennung von Religion und Staat entscheiden würde. Und da haben wir ja vorher gehört, dass es da sehr grosse Unterschiede von Weltbild und Religion gibt. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme.

Shella Kértész, Präsidentin der Israelitischen Cultusgemeinde: Ich bin keine Theologin und werde auch nicht zu theologischen Fragen irgendetwas sagen. Das Traktandum heute hiess «Gespräche über die Jahresberichte der Religionsgemeinschaften». Das haben wir gemacht und ich habe mich sehr gefreut über Ihre positiven Rückmeldungen und über die Anerkennung unserer Arbeit. Das ist für uns alle ein Ansporn für die Zukunft. Wir nehmen gerne Ihre Inputs mit auf unseren Weg, wohlwissend, dass niemand von uns perfekt ist und wir es nicht allen recht

machen können. Aber wir geben unser Bestes für die Zukunft. Vielen herzlichen Dank.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Referentin der GPK: Es stört mich immens, wenn man hier im Saal den Jahresbericht der anerkannten Religionsgemeinschaften diskutieren sollte, dann aber Attacken kommen, die an dieser Stelle tatsächlich überhaupt nichts zu suchen haben. Es stört mich, Herr Amrein, dass Sie auf den Mitgliederzahlen der Reformierten Kirche herumtrampeln. Ich frage mich nämlich: Wie oft gehen Sie denn in die Kirche? Oder wie oft sind Sie überhaupt gegangen? Sie reklamieren etwas, das Sie selber auch überhaupt gar nicht ausführen. Und das gilt wahrscheinlich für ganz viele Reformierte oder Protestanten, die halt eben «Kirche» anders verstehen als Herr Egli die Kirche versteht, oder Herr Amrein. Ich bin «gottenfroh», dass die Reformierte Kirche nicht im Mittelalter steckengeblieben ist, sondern sich weiterentwickelt hat und sehr viel Gutes tut. Und das ist auch «Kirche». Danke.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Im Namen des Regierungsrates möchte auch ich den hier anwesenden anerkannten Religionsgemeinschaften für ihre Arbeit, die in den Jahresberichten ja detailliert ausgewiesen ist, ganz herzlich danken. Es ist überhaupt keine Selbstverständlichkeit, dass wir diesen religiösen Frieden im Kanton Zürich haben, nicht nur den Frieden innerhalb dieser Gruppe der Anerkannten, sondern auch mit den nicht Anerkannten, den beiden grossen Gruppen, den Christlich-orthodoxen, den muslimischen Gemeinschaften, aber auch allen anderen Gemeinschaften.

Religionsgemeinschaften sind für den Staat eine spezielle Herausforderung. Wenn es gut läuft wie bei uns, tragen sie Wesentliches zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, zum sozialen und religiösen Frieden, zur Wertebildung und zur ehrlichen Auseinandersetzung über Themen, die der Staat selber nicht fassen kann. Wenn es aber schlecht läuft – und es läuft an vielen Orten der Welt schlecht und es lief auch in der Schweiz über Jahrhunderte schlecht –, dann bedrohen Religionsgemeinschaften die Legitimität des Staates. Niemand sonst ausser den Religionsgemeinschaften hat in der Geschichte die Legitimation des Staates je so herausgefordert wie die Religionsgemeinschaften. Deshalb ist der Staat aus eigenem Interesse daran interessiert, dass er ein geklärtes, ein verbindliches, ein transparentes Verhältnis zu seinen Religionsgemeinschaften hat. Das haben wir dank der verschiedenen gesetzlichen Grundlagen mit den fünf anerkannten Religionsgemeinschaften. Die Früchte dieser Zusammenarbeit sehen Sie Jahr für Jahr in den Jahresberichten. Wir haben diese Grundlagen aber nicht mit den anderen Religionsgemeinschaften, und damit dürfen wir uns nicht zufriedengeben.

Die anerkannten Religionsgemeinschaften gehen auch hier voraus. Sie pflegen den interreligiösen Dialog. Sie leben diese Toleranz. Sie sind für uns Vorbilder im Umgang auch mit Andersgläubigen und Andersdenkenden. Ein Beispiel möchte ich hier nochmals herausstreichen: Der Schweizerische Israelische Gemeindebund hat zwei Personen mit dem Dialogpreis ausgezeichnet: Es waren der

Rabbiner der ICZ, Herr Herzig (*Noam Herzig*), und es war der Imam der FIOZ (*Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich*), Herr Begovic (*Muris Begovic*). Das sind die Zeichen tatsächlich gelebter Toleranz, tatsächlich gelebten religiösen Friedens. Und wenn ich dieser Diskussion hier drin zuhöre, denke ich mir, hat die Politik hier noch etwas Luft gegen oben, auch wenn es um die Frage des Zusammenlebens geht. In einem demokratischen Prozess hat die Reformierte Kirche festgehalten, dass Liebe keine Sünde sein kann. Dies im Umgang mit Randgruppen, Herr Egli, so darzustellen, als ob diese Menschen Randgruppen in unserer Gesellschaft wären, zeugt aus meiner Sicht nicht von vielen christlichen Werten.

Das Leben in der Gegenwart braucht Mut. Es braucht den Mut zur Veränderung, es braucht den Mut zur Auseinandersetzung. Es braucht auch den Mut, eigene Glaubenssätze zu überdenken. Das tun unsere fünf anerkannten Religionsgemeinschaften. Sie tun es für sich, sie tun es miteinander, sie tun es im Dialog mit uns, den staatlichen Behörden, und sie tun es auch mit den noch nicht oder nicht anerkannten Religionsgemeinschaften. Sie tun es aus Sorge zueinander, sie tun es aus echter tatsächlicher Neugierde aufeinander und sie tun es in ehrlicher und echter Auseinandersetzung.

Diese herablassenden Voten, die ich hier teilweise gehört habe, möchte ich in aller Deutlichkeit zurückweisen, Voten gegenüber einzelnen Menschen, wie den homosexuellen Menschen in unserer Gesellschaft, oder auch gegenüber einzelnen Personen, die in ihren demokratischen Funktionen ihre Aufgabe verantwortungsbewusst übernehmen. Wir können stolz und dankbar sein, dass wir diese Vertreterinnen und Vertreter an der Spitze der Religionsgemeinschaften haben, denn sie leben uns etwas vor, was ich von uns, von der Politik, auch häufiger erwarten würde.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Dieter Kläy: Wir stimmen über die Ziffern I bis V gemeinsam ab.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 170 : 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung), der Vorlage 5573a zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

